



Dezember 2007

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

© Infratest dimap, Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin

# **Untersuchungsanlage**

## **ARD - DeutschlandTREND Dezember 2007**

### **Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen**

#### **Untersuchungsanlage**

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte (700 West / 300 Ost) Sonntagsfrage: 1.500 Befragte (1114 West / 386 Ost)	
Erhebungszeitraum:	3. bis 4. Dezember 2007 Sonntagsfrage: 3. bis 5. Dezember 2007	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, Dezember 2007  
42.80.55291

# Analyse

## ARD-DeutschlandTREND Dezember 2007

Nach langwierigen Verhandlungen hat sich die Bundesregierung auf die Einführung eines Mindestlohns für die Briefzusteller geeinigt. Von der Bevölkerung gibt es dafür Beifall: Acht von zehn Bürgern (81 Prozent) finden es richtig, dass es diese Regelung gibt und nahezu ebenso viele (78 Prozent) fordern darüber hinaus eine Einführung auch in anderen Branchen.

Von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitiert nur ein knappes Fünftel der Bevölkerung: Lediglich 18 Prozent sehen sich persönlich als Nutznießer des Aufschwungs. Demgegenüber merken 81 Prozent nach eigener Einschätzung nichts von der Konjunkturbelebung der letzten Monate. Die Verhältnisse in Deutschland werden wieder häufiger als ungerecht beschrieben (57 Prozent, +5 Punkte im Vergleich zum Vormonat). Lediglich 38 Prozent beurteilen die sozialen Bedingungen hierzulande als gerecht.

Zum Ende des Jahres wächst wieder die Kritik an der Großen Koalition, mit deren Leistungen derzeit 61 Prozent der Deutschen unzufrieden sind. Demgegenüber äußern sich 38 Prozent zufrieden. Auch Kanzlerin Angela Merkel (66 Prozent, -6) hat einen Ansehensverlust zu verzeichnen und muss sich den ersten Platz auf der Rangliste der beliebtesten Politiker nun mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier (66 Prozent, -1) teilen.

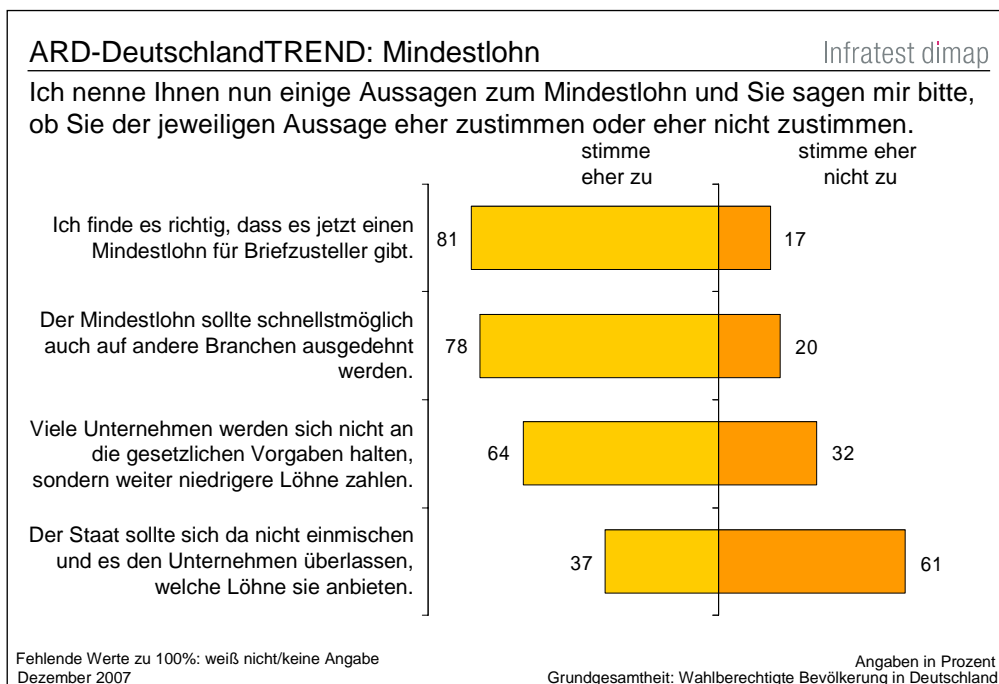
Bei der hypothetischen Direktwahl des Bundeskanzlers schneidet Steinmeier als Herausforderer Merkels allerdings deutlich schlechter ab als die Amtsinhaberin: Könnten die Bundesbürger das Amt des Bundeskanzlers direkt bestimmen würden sich 50 Prozent für Merkel entscheiden und 29 Prozent für Steinmeier. Hieße die Personalalternative Beck, würden sich 58 Prozent für die Amtsinhaberin entscheiden und lediglich 22 Prozent für den Rheinland-Pfälzer. Der deutlich populärere Steinmeier bekäme auch mehr Stimmen aus der sozialdemokratischen Anhängerschaft als der SPD-Parteivorsitzende.

Wenn bereits am nächsten Sonntag Bundeswahl wäre, käme die Union wie im November auf einen Stimmenanteil von 40 Prozent. Die SPD rutscht mit 28 Prozent (-2) wieder unter die 30-Prozentmarke. Die Oppositionsparteien Linke (11 Prozent), FDP und Grüne (jeweils 9 Prozent) legen jeweils 1 Punkt zu.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des DeutschlandTREND vom Dezember, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sieben Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 3. bis 4. Dezember 1.000, für die Sonntagsfrage vom 3. bis 5. Dezember 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

## Breite Zustimmung für den Mindestlohn

Nach langwierigen Verhandlungen hat sich die Berliner Koalition auf die Einführung eines Mindestlohns für die Briefzusteller geeinigt. Von der Bevölkerung bekommt die Bundesregierung dafür weit überwiegend Beifall: Acht von zehn Bürgern (81 Prozent) finden es richtig, dass es diese Regelung gibt und praktisch ebenso viele (78 Prozent) fordern darüber hinaus, dass der Mindestlohn möglichst schnell auch in anderen Branchen eingeführt wird.



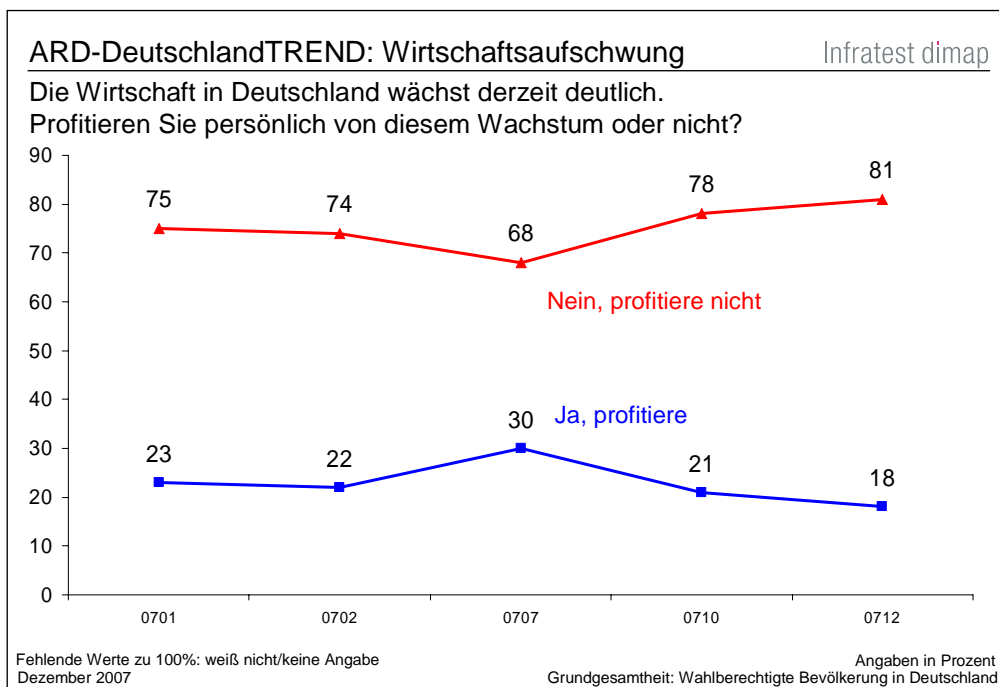
Die Mehrzahl der Bundesbürger (61 Prozent) befürwortet eine stärkere Rolle des Staates bei der Einführung von Mindestlöhnen und zeigt sich somit skeptisch, dass dieser Problembereich im Rahmen von Tarifvereinbarungen geregelt werden kann.

Weit verbreitet sind auch Zweifel hinsichtlich der Wirksamkeit von Vereinbarungen zum Mindestlohn. Zwei von drei Bundesbürgern (64 Prozent) gehen davon aus, dass sich viele Unternehmen nicht an die gesetzlichen Vorgaben halten, sondern weiter niedrigere Löhne bezahlen werden.

Mit ihrer im Prinzip skeptischen Haltung gegenüber Mindestlöhnen steht die Führung der CDU/CSU im Gegensatz zu ihren Anhängern, die den Mindestlohn für die Briefzusteller fast ebenso stark unterstützen wie die Bundesbürger insgesamt.

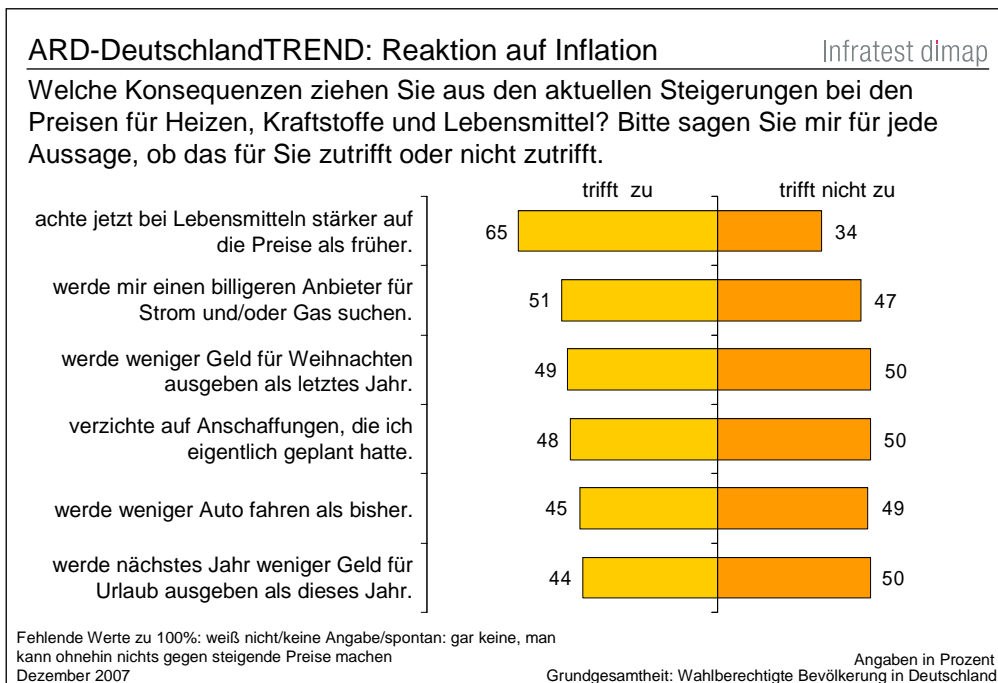
## Wirtschaftswachstum kommt nur bei jedem Fünften an

Von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitiert nur ein knappes Fünftel der Bevölkerung: Lediglich 18 Prozent sehen sich persönlich als Nutznießer des Aufschwungs. Demgegenüber merken 81 Prozent nach eigener Einschätzung nichts von der Konjunkturbelebung der letzten Monate. Damit ist die Zahl derer, die angeben, persönlich vom Aufschwung zu profitieren, auf den niedrigsten Stand des Jahres gefallen.



## Mindestens jeder Zweite will auf Preissteigerungen reagieren

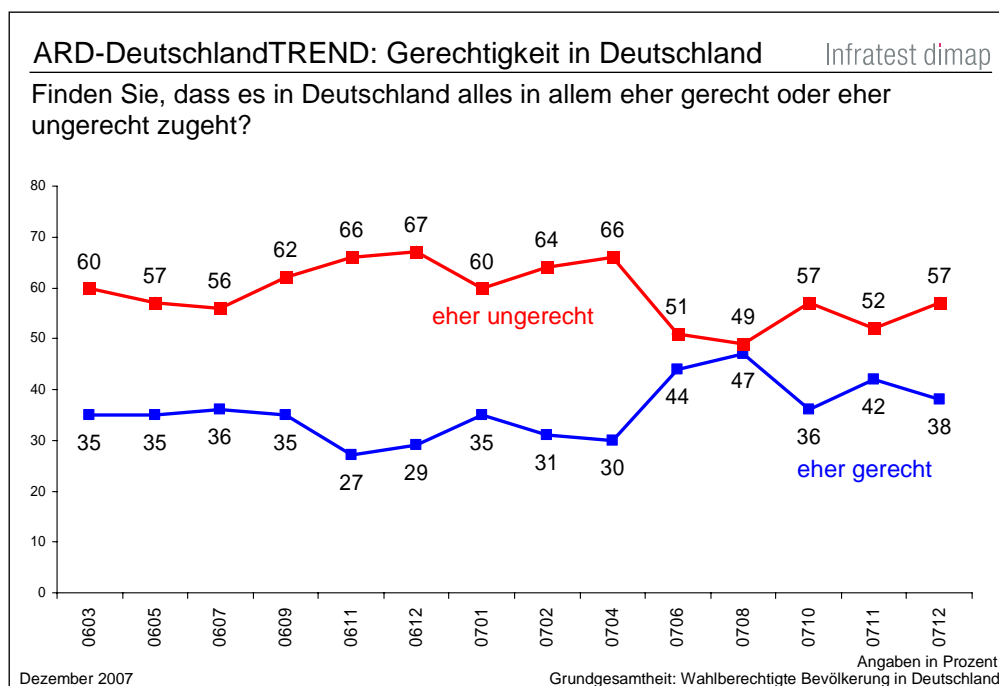
Das Gefühl mangelnder Teilhabe am Aufschwung ist auch in den Preissteigerungen der letzten Monate begründet. Erstmals seit vielen Jahren hat die Inflationsrate wieder die 3-Prozent-Marke überschritten. Am sensibelsten reagieren die Bürger beim Lebensmitteleinkauf: Zwei Drittel (65 Prozent) erklären, sie würden hier stärker als früher auf die Preise achten. In vielen anderen Bereichen trägt sich jeweils rund die Hälfte mit dem Gedanken, ihre Ausgaben zu überprüfen: Das gilt für einen Anbieterwechsel für Strom bzw. Gas (51 Prozent), für die Weihnachtseinkäufe (49 Prozent), die Nutzung des eigenen Autos (45 Prozent), größere Anschaffungen (48 Prozent) und den nächsten Urlaub (44 Prozent).



Viele Maßnahmen, die die Bürger ins Auge fassen, hängen erwartungsgemäß in hohem Maße vom verfügbaren Einkommen ab. Wer über wenig Geld verfügt, sieht sich vor allem zu Einschränkungen beim Kauf von Lebensmitteln und größeren Anschaffungen gezwungen.

## Klage über Gerechtigkeitsdefizit wird wieder lauter

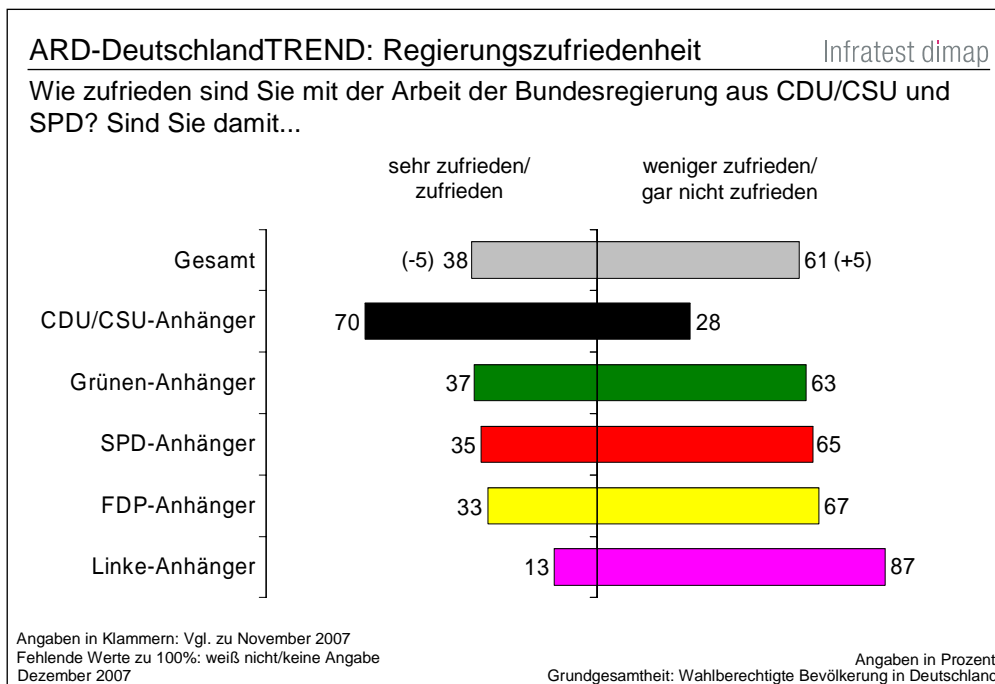
Das Gefühl einer großen Mehrheit der Bevölkerung, am wirtschaftlichen Aufschwung nicht teilzuhaben, die Debatte über die Höhe von Managergehältern und über weiterhin geringe Bildungschancen von Schülern aus sozial schwächeren Schichten sorgen offenbar dafür, dass die Verhältnisse in Deutschland wieder häufiger als im Vormonat als ungerecht beschrieben werden. Derzeit sagen 57 Prozent, dass es hierzulande eher ungerecht zugeht – ein Plus von 5 Punkten. Lediglich 38 Prozent betrachten die sozialen Bedingungen hierzulande als gerecht.



Während in den alten Bundesländern etwa jeder Zweite (53:42 Prozent) die Verhältnisse in Deutschland als ungerecht einschätzt, ist das Meinungsbild in den neuen Bundesländern deutlich kritischer: Sieben von zehn Ostdeutschen beklagen ein Gerechtigkeitsdefizit (70:25 Prozent). Innerhalb der Parteilängerschaften diagnostizieren die Anhänger der SPD (57:39 Prozent) und vor allem der Linkspartei (91:6 Prozent) eine soziale Schieflage, während die Anhänger von Union (63:31 Prozent) und FDP (55:29 Prozent) mehrheitlich gegenteiliger Ansicht sind.

## Unzufriedenheit mit der Großen Koalition steigt wieder

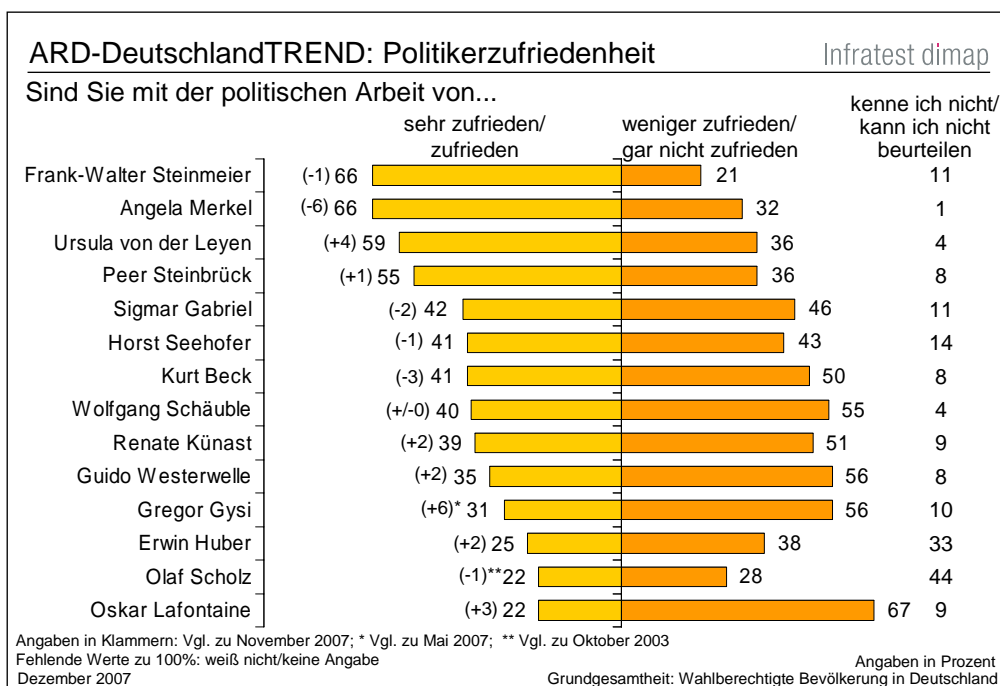
In den letzten Monaten konnte sich die Bundesregierung einer relativ wohlwollenden Bewertung erfreuen. Zum Ende des Jahres wächst aber wieder die Kritik: Derzeit sind 61 Prozent der Deutschen weniger zufrieden (46 Prozent) bzw. gar nicht zufrieden (15 Prozent) mit der Großen Koalition. Demgegenüber äußern sich 38 Prozent sehr zufrieden (1 Prozent) bzw. zufrieden (37 Prozent) mit Schwarz-Rot. Im November fiel das Urteil noch deutlich positiver aus (43 Prozent zufrieden, 56 Prozent unzufrieden).



Die Bewertung des Regierungsbündnisses geht zwischen deren Anhängerschaften immer weiter auseinander. Während die Unions-Anhänger das Merkel-Kabinett in diesem Monat besser bewerten als vor vier Wochen, hat die Kritik in den SPD-Reihen nicht nur zugenommen (+9 Punkte), sie fällt mittlerweile ähnlich stark aus wie bei den Anhängern der Oppositionsparteien Grüne und FDP. Nur in Reihen der Linken findet die Regierungsarbeit noch weniger Gefallen.

## Politikerzufriedenheit: Merkel und Steinmeier auf Platz 1

Die skeptischere Beurteilung der Regierungsarbeit zeigt sich auch bei der Bewertung des führenden Kabinettsmitglieds: Mit dem Wirken der Bundeskanzlerin Angela Merkel sind aktuell 66 Prozent der Bürger zufrieden, dies bedeutet ein Minus von 6 Punkten binnen Monatsfrist – der größte Verlust bei allen abgefragten Politikern in diesem Monat. Als Folge muss sich Merkel den ersten Platz als beliebtester Parteipolitikerin Deutschlands mit dem Außenminister und neuen Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier teilen (66 Prozent, -1).



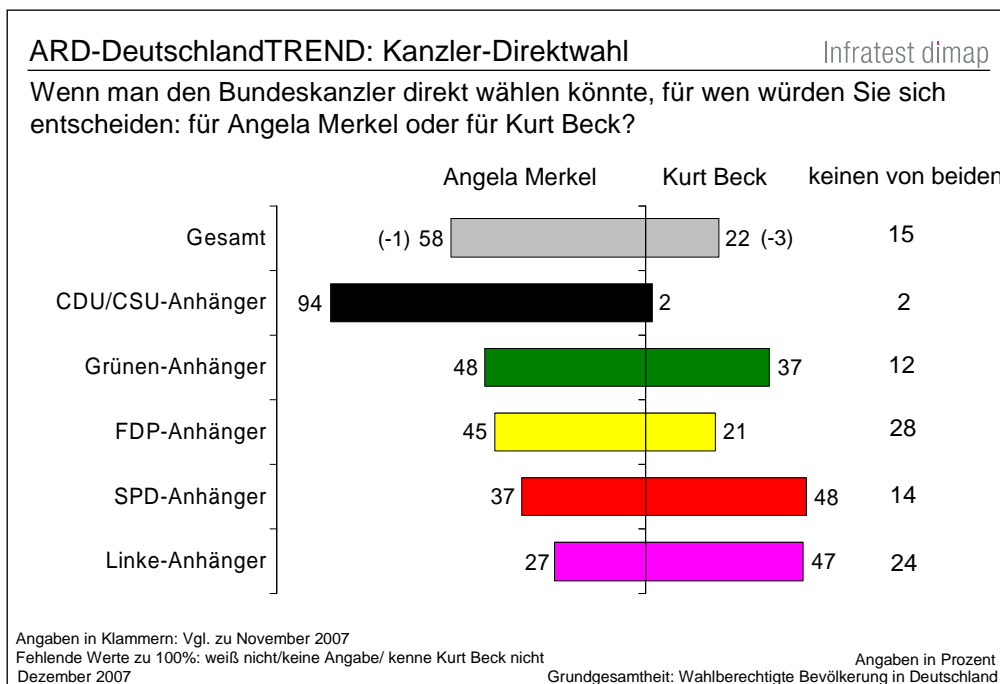
Auf Rang drei rangiert Familienministerin Ursula von der Leyen, die dank eines Ansehensgewinns von 4 Punkten eine Zustimmung von 59 Prozent erreicht, gefolgt von Finanzminister Peer Steinbrück, dem 55 Prozent (+1) der Bürger gute Noten geben. Von der Leyen ist in diesem Monat das einzige Kabinettsmitglied mit einem nennenswerten Ansehenszuwachs.

Umweltminister Sigmar Gabriel (42 Prozent, -2), Agrarminister Horst Seehofer (41 Prozent, -1), der SPD-Vorsitzende Kurt Beck (41 Prozent, -3) und Innenminister Wolfgang Schäuble (40 Prozent, ±0) liegen zusammen mit der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Renate Künast (39 Prozent, +2) im Mittelfeld. Nur knapp dahinter platziert sich der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle (35 Prozent, +2), der seine Beliebtheit ebenso wie Künast leicht steigern kann. Ein deutliches Sympathieplus verzeichnet der Fraktionsvorsitzende der Linken, Gregor Gysi, der sein Ansehen im Vergleich zum Mai um 6 Punkte auf 31 Prozent verbessert.

Am Ende der Beliebtheitsskala rangieren der CSU-Vorsitzende Erwin Huber (25 Prozent, +2), der neue Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz (22 Prozent), sowie der Linke-Parteivorsitzende Oskar Lafontaine (22 Prozent, +3), dessen Arbeit die Bürger am kritischsten bewerten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich bislang viele Bürger über die erst seit kurzem amtierenden Politiker Huber und Scholz kein Urteil zutrauen. Mit einem solchen Bekanntheitsproblem hat Lafontaine nicht zu kämpfen.

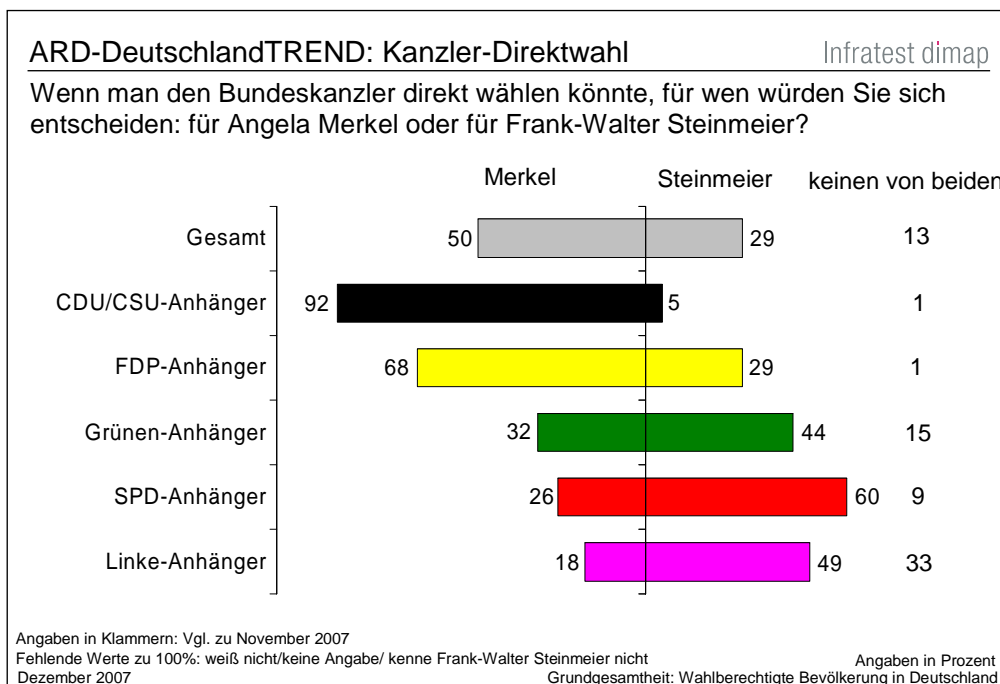
### Kanzler-Direktwahl: Beck und Steinmeier hinter Merkel

Nach dem Rücktritt Franz Münteferings entschied sich der SPD-Parteichef Beck gegen einen Wechsel in das Berliner Kabinett und will aus Mainz die SPD für die nächste Bundestagswahl in Stellung bringen. Kurzfristig scheint ihm das nicht zu gelingen, denn im direkten Vergleich mit der Amtsinhaberin verliert er an Zustimmung: Könnten die Bundesbürger das Amt des Bundeskanzlers direkt bestimmen, würden sich 58 Prozent für Merkel entscheiden und lediglich 22 Prozent für Beck. Im Vormonat votierten noch 25 Prozent für den Rheinland-Pfälzer.



Zwar würde sich jeder zweite SPD-Anhänger (48 Prozent) für den sozialdemokratischen Parteivorsitzenden entscheiden, immerhin 37 Prozent würden ihre Stimme jedoch der CDU-Frau geben.

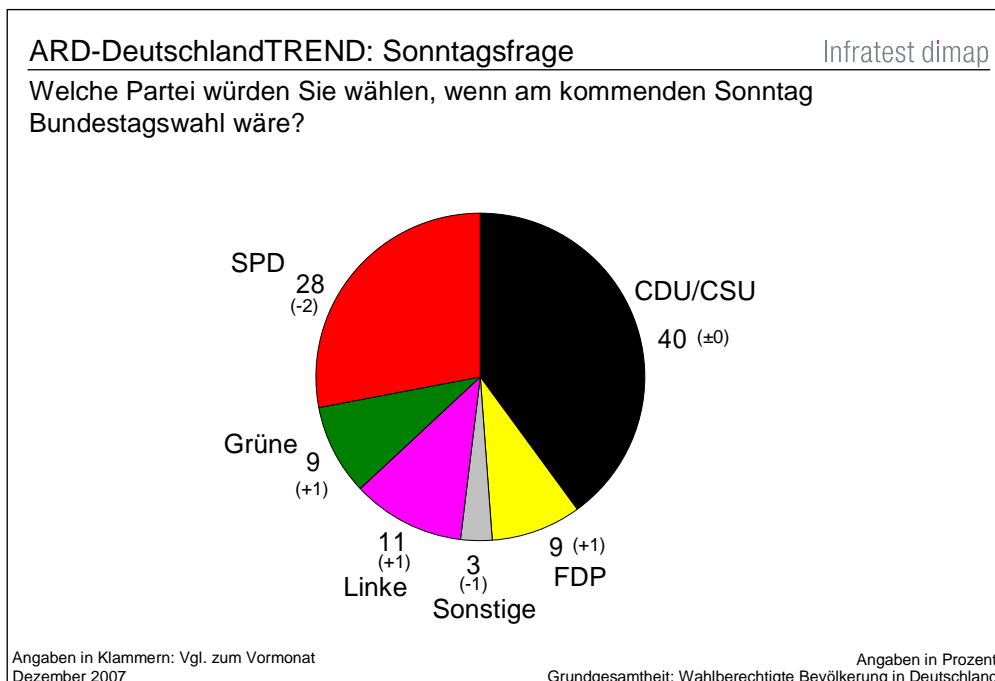
Der sozialdemokratische Außenminister hat nach Münteferings Ausscheiden die Funktion des Vizekanzlers in der Regierungskoalition übernommen. Frank-Walter Steinmeier gilt damit als der wichtigste mögliche Konkurrent Becks um die Kanzlerkandidatur der SPD. Bei der Direktwahl zwischen Merkel und Steinmeier würden 50 Prozent für die CDU-Frau und 29 Prozent für den SPD-Mann votieren. Damit würden der Außenamtschef als Herausforderer der amtierenden Kanzlerin zwar derzeit besser abschneiden als Beck, läge aber ebenfalls deutlich hinter der CDU-Politikerin zurück.



Der Rückhalt in der eigenen Parteianhängerschaft ist für Steinmeier größer als für Beck: 60 Prozent der SPD-Anhänger gäben ihre Stimme bei dieser Konstellation dem Außenminister, lediglich 26 Prozent der amtierenden Kanzlerin.

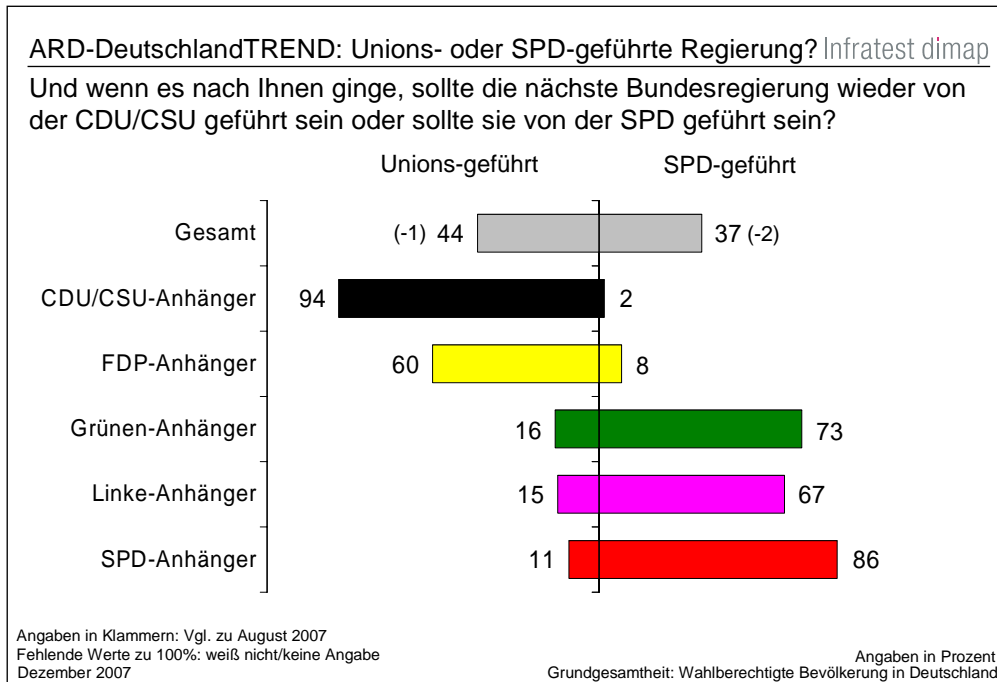
## Sonntagsfrage: SPD wieder unter der 30-Prozentmarke

Von der aktuellen politischen Stimmung profitieren die Oppositionsparteien, während die SPD wieder unter die 30-Prozentmarke abrutscht. Die Union profitiert nicht von der öffentlichen Aufmerksamkeit für ihren Hannoveraner Programmparteitag, kann aber ihren Wähleranteil im Vergleich zum November zumindest stabil bei 40 Prozent halten. Die Sozialdemokraten können ihre Zuwächse nicht verstetigen und verlieren wieder in der Wählergunst: Derzeit würden sich 28 Prozent (-2) der Wähler für die SPD entscheiden. Alle drei kleinen Parteien legen jeweils um 1 Punkt zu. Dadurch käme die Linke auf einen Stimmenanteil von 11 Prozent, FDP und Grüne auf 9 Prozent. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 3 Prozent der Stimmen erreichen.



Damit hätte ein bürgerliches Bündnis aus Union und FDP rechnerisch eine sehr knappe Mehrheit von einem Prozentpunkt. Politisch dürfte dieser Vorsprung jedoch kaum belastbar sein, da Union und FDP ihr Wählerpotenzial weitgehend ausgeschöpft haben, während vor allem Wähler, die zuletzt ihre Stimme der SPD gaben, sich derzeit auf keine Partei festlegen wollen.

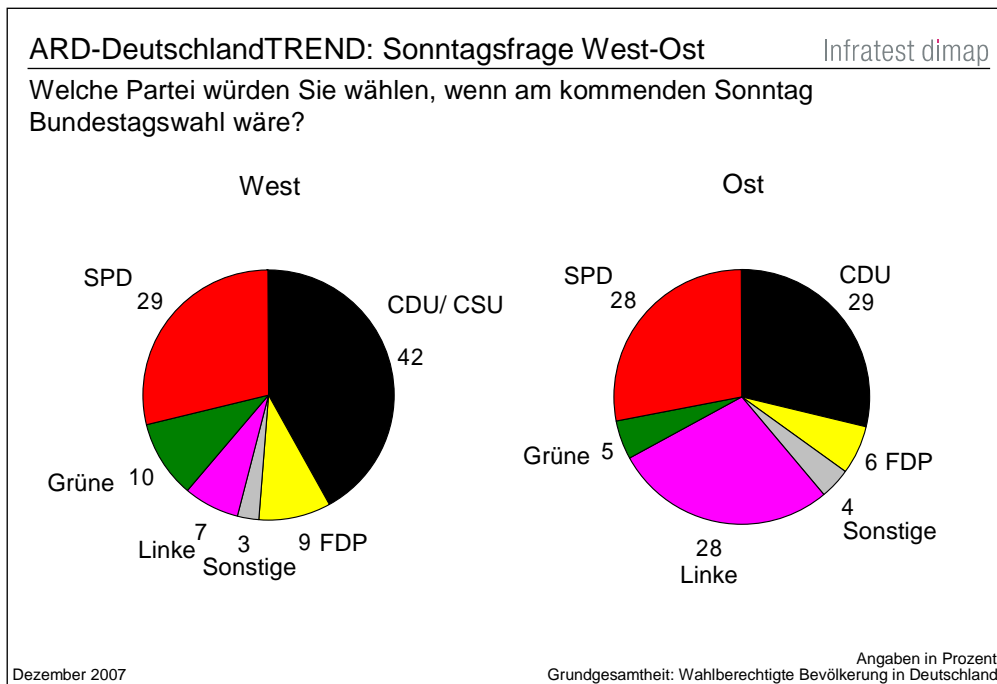
Der Vorsprung der Union vor der SPD in der Sonntagsfrage spiegelt sich in dem Wunsch von 44 Prozent der Bürger, dass die nächste Bundesregierung erneut von der CDU/CSU geführt sein soll. Ein Kabinett unter Vorsitz eines SPD- Regierungschefs wünschen sich 37 Prozent der Bürger.



Während die Anhänger der FDP für eine Unions-geführte Koalition plädieren, sprechen sich die Grünen- und Linke-Anhänger für ein Bündnis unter sozialdemokratischer Führung aus.

Das Meinungsbild in dieser Frage gleicht dem unmittelbar vor der Bundestagswahl 2005, als sich 47 Prozent für eine Unions-geführte und 42 Prozent für eine SPD-geführte Bundesregierung aussprachen.

In den alten Bundesländern halten Union (42 Prozent) und FDP (9 Prozent) ihre Stimmenanteile konstant. Während die SPD (29 Prozent) binnen Monatsfrist leichte Verluste hinnehmen muss, gewinnen Grüne (10 Prozent) und Linke (7 Prozent) jeweils einen Punkt hinzu.

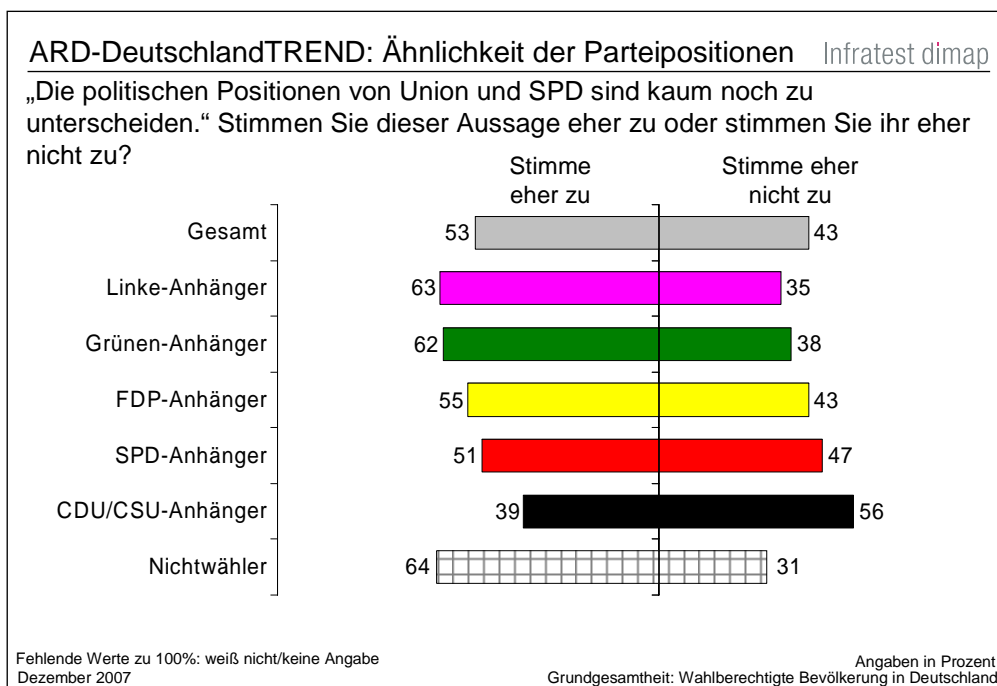


In den neuen Bundesländern legt die Linke (28 Prozent) deutlich zu und schließt damit wieder zu CDU (29 Prozent) und SPD (28 Prozent) auf. Die Union bleibt nur knapp stärkste Kraft in Ostdeutschland. Während die Liberalen leicht auf einen Wähleranteil von 6 Prozent zulegen, erhielten die Grünen wie im November 5 Prozent.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

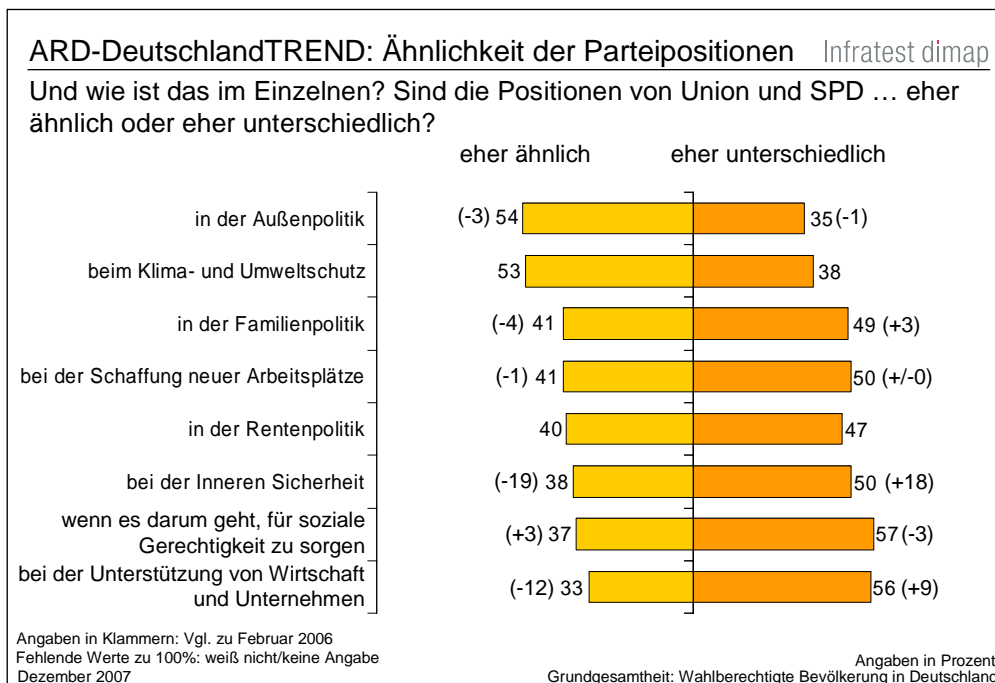
## Unterschiede zwischen Union und SPD in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

In der Öffentlichkeit wird immer wieder behauptet, Union und SPD seien sich zum Verwechseln ähnlich geworden und Unterschiede in den politischen Positionen wären kaum noch auszumachen. Gut die Hälfte der Bevölkerung (53 Prozent) schließt sich dieser populären Auffassung an, 43 Prozent sehen hingegen nach wie vor deutliche Differenzen zwischen den beiden Volksparteien.



Während in den Reihen der Unionsanhänger die Ansicht überwiegt (56:39 Prozent), die beiden Parteien würden sich weiterhin unterscheiden, sind die SPD-Anhänger geteilter Meinung (47:51 Prozent). In den Reihen der Oppositionsparteien wird Union und SPD mehrheitlich vorgeworfen, sie seien sich programmatisch zu ähnlich geworden.

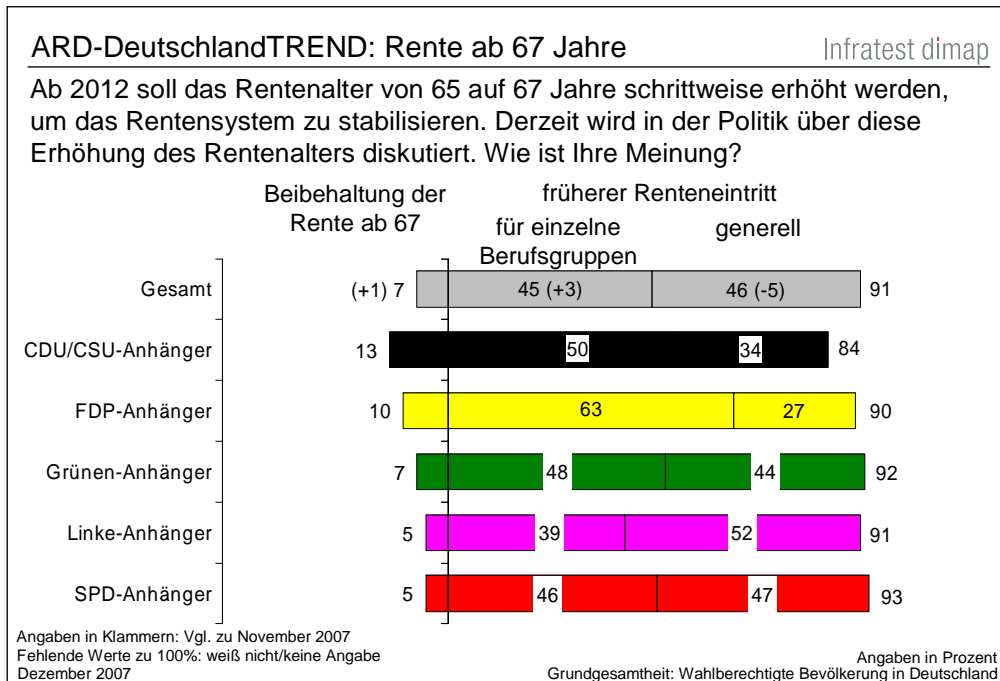
Ein differenzierteres Bild ergibt sich allerdings beim Blick auf zentrale Politikbereiche. Lediglich in zwei Bereichen, der Außenpolitik sowie dem Klima- und Umweltschutz, stellt die Mehrzahl eine weitgehende Übereinstimmung fest.



Vor allem bei den Themen soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftspolitik registrieren jeweils deutliche Mehrheiten inhaltliche Differenzen zwischen Union und SPD. In der Inneren Sicherheit, der Familienpolitik sowie der Arbeitsmarkt- und der Rentenpolitik fällt das Urteil weniger eindeutig aus, aber auch hier überwiegt die Zahl derer, die Unterschiede wahrnehmen.

## Rente mit 67 wird weithin abgelehnt

Die beschlossene schrittweise Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre wird von nur sehr wenigen Bürgern (7 Prozent) befürwortet. Die Forderung, besonders belasteten Berufsgruppen ein früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu ermöglichen, unterstützten 45 Prozent, ebenso viele (46 Prozent) lehnen die Rente mit 67 grundsätzlich ab.



Die Ablehnung der Rente mit 67 eint alle Bevölkerungsgruppen und Parteianhängerschaften.